

ALLGEMEINES

Arbeitslose in Deutschland zunehmend von Armut bedroht. Von einer nicht angemessenen sozialen Sicherung sind vor allem nicht ständig und kurzzeitig befristet Beschäftigte, Selbstständige sowie die fast 25 % Beschäftigten, die für Niedriglöhne arbeiten müssen, bedroht. Nach Angaben der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di erhielten 2002 noch 43 % aller als arbeitslos Erfassten Arbeitslosengeld. Heute sind es gerade noch 27 %. Die Zahl derjenigen, die trotz Anspruchs auf Arbeitslosengeld aufgrund von Armutslöhnen zusätzlich auf Leistungen zur Grundsicherung angewiesen sind, steige weiter. Zugenommen haben vor allem prekäre und nicht existenzsichernde Beschäftigungen. Bei einem nahezu gleichbleibenden Volumen an Arbeitsstunden werde die Arbeit billiger gemacht und die sozialen Lasten seien auf die Gesellschaft abgewälzt worden. *Quelle: ver.di-Pressinformation vom 10.5.2012*

Agenda für Soziale Arbeit und Entwicklung. Die Vereinten Nationen haben auf ihrer Vollversammlung in New York sowie auf Sektionstreffen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf und Bangkok die „Global Agenda for Social Work and Social Development: Commitments to Action“ formell angenommen. Die Agenda wurde von den internationalen Organisationen Sozialer Arbeit, der Wohlfahrt und Schulen der Sozialen Arbeit, IFSW, ICSW und IASSW gemeinsam verfasst, um das Profil Sozialer Arbeit zu schärfen und ihre Ziele politisch besser zu Gehör bringen zu können. Es wurde besonderer Wert auf die Berücksichtigung praktischer, konzeptioneller und ethischer Herausforderungen durch die Globalisierung genommen und die Notwendigkeit des Respekts vor regionalen Unterschieden betont. Die Agenda kann im Internet unter <http://cdn.ifsw.org/assets/globalagenda2012.pdf> abgerufen werden. *Quelle: Newsletter sozialinfo.ch vom 2.5.2012*

Integrationsbeirat zur Einwanderungspolitik. Der Bundesbeirat für Integration hat im April einen Forderungskatalog für einen gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel in der Einwanderungspolitik vorgelegt. Grund ist der massive Rückgang der Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter. Die Mitglieder des Beirats fordern, eine überzeugende Willkommensbotschaft und eine Akzeptanzkultur zu entwickeln, um ausländische Fachkräfte zu gewinnen und möglichst im Land sesshaft werden zu lassen. Der geforderte Paradigmenwechsel soll eine Mentalitätsveränderung erreichen, die sich von einer Defizitbetrachtung löst und Potenziale anerkennt. Die Empfehlungen des Beirats sind als Zusammenfassung und in ausführlicher Form auf den Internetseiten der Bundesagentur für Arbeit abrufbar (http://www.arbeitsagentur.de/nn_27044/zentraler-Content/Presse-meldungen/2012/Presse-12-016.html). *Quelle: BRAND-aktuell Newsletter vom 4.5.2012*

SOZIALES

Urteilsbegründung über Werkstattleistungen liegt vor. Das Bundessozialgericht hebt das Urteil des Landessozialgerichts Schleswig-Holstein zum Persönlichen Budget im Werkstattbereich auf und verweist es an das LSG zur erneuten Entscheidung zurück. Das Bundessozialgericht hob in der Urteilsbegründung ausdrücklich die Bedeutung des Persönlichen Budgets hervor. Menschen mit Behinderung sollen notwendige Leistungen selbst bestimmen und sich frei verschaffen können; dies sei bei der Auslegung der einschlägigen Rechtsgrundlage zu berücksichtigen, so das Bundessozialgericht. Den Klarstellungen des Bundessozialgerichts liegt ein Fall einer Person mit sogenannter geistiger Behinderung zugrunde, die außerhalb einer Werkstatt für behinderte Menschen ausgebildet wurde. *Quelle: Newsletter des Kompetenzzentrums Persönliches Budget vom 2.5.2012*

Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz: Kommentar. Hrsg. Edna Rasch. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. (DV). Berlin 2012, 357 S., EUR 32,- *DZI-E-Q253*
Mit dem Kommentar zum Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WVBVG) möchte der Deutsche Verein sein Engagement auf dem Gebiet des Heimrechts fortsetzen und insbesondere dazu beitragen, das WVBVG und die neuen Landesgesetze allen Interessierten in möglichst übersichtlicher Form nahezubringen. Neben einer Einführung in das Wohn- und Betreuungsvertragsrecht und der Kommentierung des WVBVG sind in dem Band alle bislang vorliegenden Landesheimgesetze und eine Einführung zum Landesheimrecht enthalten. Bestellanschrift: Deutscher Verein, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Internet: www.deutscher-verein.de

Erster Hessischer Sozialbericht. Das Hessische Sozialministerium stellte am 14.5.2012 den ersten Hessischen Landessozialbericht vor. Die erhobenen Daten werden als Basis für die Politik mit dem Ziel einer aktivierenden Sozialpolitik zur Stärkung der Eigenverantwortung der Menschen herangezogen. Hessen ist überdurchschnittlich wohlhabend. Die relative Armutsquote sank in diesem Bundesland von 15,3 % in 2005 auf 14,6 % in 2010. Mit 22,3 % hat das Land die höchste Weiterbildungsquote in Deutschland und mit 5,8 % (Stand April 2012) eine im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 7 % geringe Arbeitslosenquote. Der Hessische Landtag hatte am 8.7.2009 die Landesregierung mit der Erstellung des ersten Hessischen Landessozialberichts beauftragt. Der Bericht wurde in enger Kooperation mit einem Beirat erarbeitet, der sich aus Vertretern der Kommunen, der Kirchen, der Wissenschaft, des Statistischen Landesamts und von Verbänden zusammensetzt. Er berücksichtigt über 300 statistische Indikatoren, die sich aus Datenquellen wie dem Mikrozensus, den Einkommens- und Verbrauchsstichproben, dem

NEUE BÜCHER IM FRÜHJAHR 2012

Gewaltprävention bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund



Ahmet Toprak, Katja Nowacki

Muslimische Jungen – Prinzen, Machos oder Verlierer?

2012, 184 Seiten, kartoniert
 € 22,90/SFr 32,90
 ISBN 978-3-7841-2069-0

Kinderrechte in der Praxis



Sabine Penka, Roland Fehrenbacher (Hg.)

Kinderrechte umgesetzt

2012, 208 Seiten, kartoniert
 € 21,90/SFr 31,50
 ISBN 978-3-7841-2065-2

Kreativ spielen mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen



Peter Thiesen

Werkzeugkasten kreatives Spiel

2012, 240 Seiten, kartoniert mit zahlreichen Abbildungen
 € 24,90/SFr 35,50
 ISBN 978-3-7841-2057-7

Gesetzestexte mit gekennzeichneten Änderungen



Deutscher Caritasverband (Hg.)

SGB II und III Grundsicherung für Arbeit suchende und Arbeitsförderung

Stand 1. April 2012
 2012, 458 Seiten, kartoniert
 € 15,90/SFr 22,90
 ISBN 978-3-7841-2074-4

JETZT BESTELLEN!

Tel. 0761/36825-0
 Fax 0761/36825-33
 www.lambertus.de



SOZIAL | RECHT | CARITAS

Sozio-oekonomischen Panel sowie einer engen Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt speisen. Weitere Informationen sind im Internet unter der URL www.hsm.hessen.de (Arbeit und Soziales/Landessozialbericht) erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung des Hessischen Sozialministeriums vom 14.5.2012*

Ratgeber zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm) hat sein Merkblatt zur „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII“ aktualisiert. Dieses Merkblatt richtet sich speziell an Menschen mit Behinderung und Eltern behinderter Kinder. Aktuelle Änderungen bei der Grundsicherung haben sich durch die Erhöhung der Regelsätze zum 1.1.2012 ergeben. Der Regelsatz der Regelbedarfsstufe 3, den Menschen mit Behinderung erhalten, die im Haushalt ihrer Eltern leben, ist um 8 Euro auf 299 Euro im Monat gestiegen. Die Erhöhung wirkt sich auch auf Mehrbedarfe aus, die im Rahmen der Grundsicherung gewährt werden. Anhand konkreter Beispiele wird erläutert, wie hoch die Grundsicherung im Einzelfall ist und welche Beträge Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen von ihrem Einkommen behalten dürfen. Der Ratgeber geht ferner auf die jüngste Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zu Unterkunftskosten ein. Danach müssen Eltern mit ihren zuhause lebenden Kindern einen Mietvertrag schließen, wenn das Sozialamt die Miete übernehmen soll. Das Merkblatt steht im Internet unter der URL www.bvkm.de in der Rubrik „Recht und Politik“ zur Verfügung. Es kann auch gegen Einsendung eines an sich selbst adressierten und mit 55 Cent frankierten DIN-Lang-Rückumschlags beim bvkm, Stichwort „Grundsicherungsmerkblatt“, Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf angefordert werden. Für die Bestellung per Mail an verlag@bvkm.de wird eine Gebühr von 3 Euro (inkl. Porto) erhoben. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. vom 15.5.2012*

GESUNDHEIT

Internetportal zur Arztsuche. Menschen mit Behinderungen haben es oft besonders schwer, einen geeigneten Arzt oder Zahnarzt zu finden. Sie wissen häufig nicht, welcher Facharzt barrierefreie Behandlungsmöglichkeiten anbietet. Mit dem Internetportal www.vdek-arztlotse.de des Verbandes der Ersatzkassen e.V. (vdek) und der teilnehmenden Ersatzkassen können sich auch behinderte Menschen einen umfassenden Überblick über geeignete barrierefreie Arztpraxen verschaffen. Zur Arztsuche werden einfache Fragen etwa nach der Erreichbarkeit der Praxis für Rollstuhlfahrer oder mit einem Blindenführhund beantwortet. Auch werden Auskünfte über Fahrstühle, Parkmöglichkeiten und behindertengerechte Toiletten erteilt. Der vdek-Arztlotse erfüllt mit mehr als

240 000 Einträgen die Vorgaben für barrierefreie Informationssysteme gemäß § 17 SGB I. Geboten werden außerdem Hinweise zu Sprechzeiten sowie eine erweiterte Suchmöglichkeit, mit der Facharzt- oder Teilgebietsbezeichnungen gesucht werden können. Ein Lexikon hilft zu verstehen, was sich hinter den Facharztbezeichnungen verbirgt. *Quelle: Pressemitteilung der vdek vom 27.4.2012*

Empfehlungen für eine kommunale Infrastruktur für ältere und pflegebedürftige Menschen. Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (DV). Eigenverlag des DV. Berlin 2011, 133 S., EUR 11,80 *DZI-E-0178*

Die Ausgestaltung einer Infrastruktur zur Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen gehört aktuell zu den wichtigsten Aufgaben der Kommunen. Der Deutsche Verein hat umfassende Empfehlungen für eine wohnortnahe Pflegeinfrastruktur, für die Verringerung von Pflegebedürftigkeit durch Prävention und Rehabilitation, für die Unterstützung und Betreuung demenziell erkrankter Menschen sowie zur besseren Teilhabe älterer Menschen mit Migrationshintergrund entwickelt. Zusammengefasst in diesem Band bieten sie den kommunalen Akteuren fundierte Informationen und Anregungen. Bestellschrift: Deutscher Verein, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Internet: www.deutscher-verein.de

Initiative gegen Korruption gescheitert. Der von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachte Gesetzesentwurf „Korruption im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen“ wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Der Entwurf sah vor, das Strafgesetzbuch so zu ändern, dass Korruptionshandlungen niedergelassener Vertragsärzte Straftatbestände darstellen. Durch entsprechende gesetzliche Regelungen sei zudem sicherzustellen, dass systematische Falschabrechnungen von Krankenhäusern mit Sanktionen geahndet werden. Außerdem sollten die Länder besonders qualifizierte Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Ermittlungsgruppen bei der Kriminalpolizei einrichten beziehungsweise ausbauen. Durch Korruption, Abrechnungsbetrug und Falschabrechnungen entstehen dem öffentlichen Gesundheitswesen jedes Jahr Schäden in Milliardenhöhe. *Quelle: Heute im Bundestag vom 25.4.2012*

Bericht zur Qualität der Pflege. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) begrüßt die wesentlichen Aussagen des 3. Berichts des Medizinischen Dienstes des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen e.V. (MDS) zur Qualität in der ambulanten und stationären Pflege, wonach sich die Qualität in den Pflegeeinrichtungen gegenüber der letzten Erhebung 2007 kontinuierlich positiv weiterentwickelt hat. Die jetzt zur Verfügung stehende Datengrundlage ermöglicht erstmals fundierte epidemiologische Aussagen, die in der Weiterentwicklung der Qualitätssicherung durch die

Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und in den Einrichtungen Verwendung finden werden. Der Bericht bestätigt die Auffassung der BAGFW, dass dort, wo gute Ergebnisse der Pflege gemessen werden, auch die qualitätssichernden Prozesse gut sind. Im Gegensatz zum letzten Bericht sind die Aussagen nach Auffassung der BAGFW abgewogener und die Datengrundlage lässt auf den ersten Blick fundierte Aussagen zu. Unsachliche Überspitzungen lassen sich auf diese Weise vermeiden. Der Bericht ist im Internet unter http://www.mds-ev.de/media/pdf/MDS_Dritter_Pflege_Qualitaetsbericht_Endfassung.pdf abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vom 24.4.2012*

JUGEND UND FAMILIE

Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Im März 2012 fand in Berlin die Fachtagung des Deutschen Städtetags und des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIfU) „Ist hier noch ein Platz frei? Der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab 2013 – ‚Traumquote‘ oder erfüllbarer Auftrag mit Qualitätsgarantie?“ statt. Der Tagungsbericht liegt nun vor und kann beim DIfU, Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin bestellt oder im Internet unter der URL <http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de> heruntergeladen werden. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Instituts für Urbanistik vom 10.5.2012*

Internationale Jugendarbeit wirkt. Forschungsergebnisse im Überblick. Hrsg. IJAB und andere. Eigenverlag. Köln 2012, 232 S., EUR 9,80 *DZI-E-0251* Dieser Reader, herausgegeben von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. und dem Forscher-Praktiker-Dialog Internationale Jugendarbeit, ist eine Aufbereitung und Zusammenfassung aller Studien und Veröffentlichungen, die sich seit der Nachkriegszeit mit den Wirkungen und Einflüssen internationaler Jugendbegegnungen und des internationalen Jugendaustausches auf die Einstellungen und persönliche Entwicklung der beteiligten Jugendlichen beschäftigten. Aus dem Inhalt: Der Forscher-Praktiker-Dialog Internationale Jugendarbeit als Plattform der Forschung und des Austauschs; von den Jahrbüchern zum Forum Jugendarbeit International – Quellen der Forschung; Forschungsstudien zu Wirkungen; laufende Prozesse: Überblick auf Konzepte und aktuelle Diskussionen; Zukunftsaufgaben und Forschungslücken.

Kindergeld für erwachsene Menschen mit Behinderung. Für ein behindertes Kind können Eltern über das 18. Lebensjahr hinaus und ohne altersmäßige Begrenzung Kindergeld erhalten, wenn das Kind aufgrund einer Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Ob im Einzelfall ein Anspruch auf Kindergeld besteht, ist nicht immer einfach festzustellen. Das neue

8.-9.9.2012 Potsdam. 1. Tagung Psychotherapie-State-of-the-Art: Traumatherapie. Information: Akademie für Fortbildung in der Psychotherapie, Postfach 1343, 72003 Tübingen, Tel.: 07 00/237 237 00, E-Mail: bundesakademie@afp-info.de

10.-12.9.2012 Bielefeld. 77. Tagung der Arbeitsgruppe für Empirische Forschung (AEPF): Vielfalt empirischer Forschung in Bildung, Erziehung und Sozialisation. Information: Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft AG9, Frau Johanna Jost, Universitätsstraße 25, 33615 Bielefeld, Tel.: 05 21/106 69 60, E-Mail: aepf-tagung@uni-bielefeld.de

12.-14.9.2012 Hildesheim. Vierte IGfH-Bundestagung Heimerziehung: Pädagogisches und soziales Gelingen in der Heimerziehung. Information: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen – IGfH, Frau Sabine Isenmann, Galvanistraße 30, 60486 Frankfurt am Main, Tel.: 069/63 39 86 14, E-Mail: tagungen@igfh.de

13.-14.9.2012 Bielefeld. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Management und Controlling in der Sozialwirtschaft e.V. (DGCS): Impulse für die Sozialwirtschaft – bye bye Management, oder? Information: DGCS Congressbüro, c/o neues handeln GmbH, Lindenstraße 20, 50674 Köln, Tel.: 02 21/160 82-21, E-Mail: dgcs-congress@neueshandeln.de

13.-15.9.2012 Hamburg. 8. Bundeskongress Soziale Arbeit: Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen. Information: HAW Hamburg, Fakultät Wirtschaft und Soziales, Department Soziale Arbeit, Frau Bärbel Bongartz, Alexanderstraße 1, 20999 Hamburg, Tel.: 040/428 75-72 20, E-Mail: baerbel.bongartz@haw-hamburg.de

15.9.2012 Friedberg. Fachforum für interne und externe Beratung, Supervision und Coaching: Entwicklung in Umbruchzeiten. Information: Institut für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision in der EKHN, Kaiserstraße 2, 61169 Friedberg, Tel.: 06 031/16 29 70, E-Mail: ipos@ekhn-net.de

18.-20.9.2012 Köln. Seminar: Grundkurs Dementia Care Mapping (DCM). Information: Kuratorium Deutsche Altershilfe, An der Paulskirche 3, 50677 Köln, Tel.: 02 21/93 18 47-0, E-Mail: fortbildung@kda.de

19.-20.9.2012 Saarlouis-Roden. 15. Internationaler Demenzkongress Saar-Lor-Lux. Information: Demenzverein Saarlouis e.V., Ludwigstraße 5, 66740 Saarlouis, Tel.: 06 831/488 18-16, E-Mail: weiterbildung@demenz-saarlouis.de

Merkblatt des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm) erklärt die maßgeblichen Voraussetzungen anhand vieler konkreter Beispiele. Im zweiten Teil des Merkblatts werden die Steuervorteile erläutert, deren Inanspruchnahme vom Bezug des Kindergeldes abhängig ist. Das Merkblatt steht im Internet unter der URL www.bvkm.de in der Rubrik „Recht und Politik“ als Download zur Verfügung. Die gedruckte Version kann beim bvkm, Stichwort „Kindergeld“, Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf, E-Mail: verlag@bvkm.de bestellt werden. *Quelle: Presseinformation des bvkm vom 25.4.2012*

Familien mit Migrationshintergrund. Lebenssituation, Erwerbsbeteiligung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Eigenverlag. Berlin 2010, 105 S., kostenfrei *DZI-E-0208*

Die Familie gibt Halt und Geborgenheit – gerade, wenn sie in einer Gesellschaft lebt, die nicht die heimische ist. Der Zusammenhang und die Unterstützung untereinander sind eine wichtige Ressource, wenn es darum geht, sich in einer neuen Umgebung zurechtzufinden. Dieses Dossier nimmt erstmals die Familie integrationspolitisch in den Blick. Der Zukunftsrat Familie hat im Auftrag des Bundesfamilienministeriums Daten zur Lebenssituation, Erwerbsbeteiligung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Menschen mit Migrationshintergrund ausgewertet. So zum Beispiel über die Motivation von Müttern und ihre Erwerbstätigkeit, über die Integration durch Erwerbstätigkeit der Eltern und über die Bildungserwartungen der Eltern an ihre Kinder. Bestellanschrift: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 481009, 18132 Rostock, Tel.: 01 805/77 80 90, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

AUSBILDUNG UND BERUF

Projektentwicklung mit der Civil Academy. In einer Fortbildung, die an drei Wochenenden von September bis November 2012 in Nordrhein-Westfalen und Berlin stattfinden wird, können junge Menschen zwischen 18 und 27 Jahren lernen, ihre Ideen für ehrenamtliche Projekte erfolgreich weiterzuentwickeln und umzusetzen. Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft und dem gemeinnützigen Bereich erarbeiten zusammen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Antworten auf Fragen nach der Planung und Organisation von Projekten, der Aufstellung realistischer Kosten- und Finanzierungspläne, dem Fundraising, der Öffentlichkeitsarbeit und der Vernetzung mit anderen. Die Seminare bieten Vorträge, praktische Übungen und Raum für die Arbeit an den eigenen Projekten. Experten von BP Europa SE und Profis aus dem Non-Profit-Bereich unterrichten gemeinsam, so dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom kombinierten Know-how profitieren können. Diskussionsabende mit interessanten Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft

oder Medien und ein Vernetzungstreffen mit Alumni der Civil Academy runden das Programm ab. Die Civil Academy ist ein gemeinsames Projekt von BP Europa SE und dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Bewerbungsschluss ist Montag, der 2.7.2012 (Posteingang). Der Bewerbungsleitfaden kann im Internet unter der URL http://civil-academy.de/dokumente_academy/Bewerbungsleitfaden_civil-academy.pdf heruntergeladen werden. Bewerbungen sind über das Online-Formular möglich oder können per E-Mail an benjamin.reitz@b-b-e.de beziehungsweise schriftlich an das Projektbüro Civil Academy, BBE Geschäftsstelle gGmbH, Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin gerichtet werden.

Erste Kulturgeragogen zertifiziert. 14 Fachkräfte aus Berufen der Sozialen Arbeit, der Pflege sowie Kunst und Kultur haben sich an der Fachhochschule Münster für die Kulturarbeit mit älteren Menschen weitergebildet und den berufsbegleitenden Zertifikatskurs Kulturgeragogik absolviert. Die FH Münster und das Institut für Bildung und Kultur Remscheid (IBK) bieten die Weiterbildung gemeinsam an, das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Entwicklung des einjährigen Angebots gefördert. Der Kurs umfasst mehrtägige Präsenzveranstaltungen und ein studienbegleitendes Praxisprojekt, das als Abschlussarbeit dient. Weitere Informationen sind im Internet unter der URL <http://www.kulturgeragogik.de> abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung der Fachhochschule Münster vom 2.5.2012*

Mediation und Konfliktmanagement. Die Landesakademie für Jugendbildung bietet eine Ausbildung in Mediation und Konfliktmanagement an. Vermittelt werden Methoden zur Analyse und konstruktiven Bearbeiten von Konflikten. Darüber hinaus soll das Mediationsverfahren in die verschiedenen Praxisfelder der Teilnehmerinnen und Teilnehmer übertragen werden. Angesprochen sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher und freier Träger in Jugendhilfe, Jugendarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Das Angebot besteht aus der Grundausbildung und einem Vertiefungskurs und ist an den Richtlinien des Bundesverbandes Mediation (BM) orientiert. Ausführliche Informationen zu Inhalten, Ablauf, Terminen und genauen Konditionen sind bei der Landesakademie erhältlich und können im Internet unter der URL www.jugendbildung.org abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung der Landesakademie für Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. vom 27.4.2012*